

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
195 · Ausgabe CH · Juli 2021
AZB 3001 Bern



**JETZT
STEMPEL-
STEUER-
REFERENDUM
UNTER-
SCHREIBEN!**

Endlich mehr Licht in der Politik-Finanzierung!

Ein grosser Erfolg für die SP dank der Transparenz-Initiative. Seite 4

MILLIARDENGESCHENKE FÜR KONZERNE, DIE KOSTEN DEM VOLK?

Nicht schon wieder! Wir ergreifen das Referendum gegen die Abschaffung der Stempelsteuer. Seite 7

POLITIK – FÜR GEHÖRLOSE EIN BUCH MIT SIEBEN SIEGELN

Wie können Gehörlose an der Politik teilhaben? Wir fragen beim Gehörlosenbund nach – die überraschende Antworten ab Seite 13.

Liebe Genoss:innen, liebe Sympathisant:innen



Die SP Schweiz hat entschieden: Wir verwenden künftig den Doppelpunkt, um kenntlich zu machen, dass es zwischen den Geschlechtern weit mehr Schattierungen gibt als Mann und Frau. Wir wollen auch mit jenen Menschen sprechen, die mit dem Kürzel LGBTQIA+ gemeint sind. Alle sollen sich angesprochen und willkommen fühlen.

Hätten wir dem Sternchen den Vorzug geben sollen? Schliesslich wird es zum Beispiel von der JUSO oder von den Grünen verwendet. Wir meinen dennoch: Nein.

Der Doppelpunkt stellt die überzeugendere Lösung dar. Denn Computerprogramme, die Sehbehinderte nutzen, lesen Worte mit Doppelpunkt fehlerfrei vor, stolpern jedoch beim Sternchen. Der Doppelpunkt hingegen ist diskret, hindert nicht am raschen Lesen und wirkt nicht belehrend.

Die Mission des Doppelpunkts lautet schlicht «Inklusion». Besonders ausschliessend ist unsere Sprache jedoch für Gehörlose – mündlich wie schriftlich. Wie das? Fernanda Falchi und André Marty vom Schweizerischen Gehörlosenbund erklären es eindrücklich auf Seite 13. Und was die SP in diesem Punkt konkret macht, um eine bessere Inklusion zu gewährleisten, liest du auf Seite 14.

Bis zur gesellschaftlichen Inklusion von Gehörlosen oder von Menschen zwischen Mann und Frau ist es noch ein weiter Weg. Doch Worte schaffen Wirklichkeit. Bis es so weit ist, grüsse ich solidarisch alle Frauen und Männer, alle dazwischen und darüber hinaus,

eure
Pia Wildberger

INHALT

- 4 **Transparenz-Initiative:
Ein Triumph für die SP****
Mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Transparenz-Initiative wird ein zentrales Anliegen der SP Realität.
- 6 **Wie weiter nach der Ablehnung
des CO₂-Gesetzes?****
Co-Präsidentin Mattea Meyer zeigt die Leitlinien auf.
- 7 **Stempelsteuer-Referendum****
Konzerne sparen, wir bezahlen – ohne uns!
- 8 **50 Jahre Frauenstimmrecht****
Die offizielle Feier in Unterbäch, VS
- 9–12 **Berichte aus den Kantonen****
- 13 **Inklusion****
Wie Gehörlose sich besser in die Politik einbringen können – und was die SP dazu beitragen kann
- 14 **Parteitag am 28. August****
Die Anträge zur Statutenreform
- 15 **Europapolitik****
Wie weiter nach dem Scheitern des Rahmenabkommens?
- 17 **Kochen fürs Klima****
Ein Traum aus 1001 Nacht
- 18 **Neumitglied****
Garance la Fata aus La Chaux-de-Fonds über ihre Beitrittsgründe
- 19 **Kommunaltagung****
Nach dem Grosserfolg letztes Jahr organisiert das Zentralsekretariat wiederum eine Kommunaltagung

Für eine 13. AHV: Initiative eingereicht

Der Gewerkschaftsbund reichte – gemeinsam mit der SP und weiteren Verbündeten – Ende Mai die Initiative zur Einführung einer 13. AHV-Rente bei der Bundeskanzlei ein und verlangt damit die Auszahlung einer 13. Rente



ähnlich dem 13. Monatslohn. Das Volksbegehren kam mit 137 550 Unterschriften sechs Monate vor Ablauf der Sammelfrist zustande – trotz Corona.

Das zeigt die Dringlichkeit: Die AHV-Rente reicht nicht zum Leben. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss eine gute Rente erhalten. Auch unsere Verfassung sieht dies vor. Doch die Realität ist leider eine ganz andere. Tatsächlich bezieht die Hälfte aller Neurentner:innen heute eine Altersrente von unter 3439 Franken pro Monat (AHV + BVG zusammen). Frauen haben über ein Drittel tiefere Renten als Männer. Vielen droht Altersarmut. Dennoch plant das Parlament mit der «AHV 21» eine Abbauvorlage auf Kosten der Frauen. Die Altersvorsorge steht an einem Scheideweg. Damit kommt die Initiative für eine 13. AHV-Rente genau zum richtigen Zeitpunkt. Mit dem Initiativprojekt zur Stärkung der AHV können die Renten sozial und kostengünstig verbessert werden.

Amerikanische Kampffjets? Ohne uns!

Bei der Volksabstimmung im vergangenen Herbst stimmte nur eine hauchdünne Mehrheit dem Kauf neuer Kampffjets zu – und dies, obwohl die Typenfrage absichtlich ausgeklammert wurde. Nun ist die Evaluation der neuen Kampffjets abgeschlossen, der Entscheid war bei Redaktionsschluss jedoch noch nicht bekannt. In Bundesbern ist es aber ein offenes Geheimnis: Die Regierung will sich für den amerikanischen F-35 entscheiden. Dagegen sprechen die hohen Kosten, die fragliche Zweckmässigkeit sowie technische Mankos. Sollte der Bundesrat tatsächlich amerikanische Luxus-Kampffjets beschaffen wollen, startet die GSa mit Unterstützung der SP Schweiz eine Volksinitiative. Hilfst du mit? Du kannst dich hier registrieren:

→ stopp-kampffjets.ch

Keine Weiterentwicklung von Schengen!

Was bereits länger Thema war, ist nun zweifelsfrei belegt: An den europäischen Schengen-Aussengrenzen werden Flüchtlinge von kroatischen Sicherheitskräften systematisch und brutal zurückgeschickt. Die geflüchteten Männer, Frauen und Kinder haben keine Chance, in einem Land im Schengenraum einen Asylantrag zu stellen, obwohl sie dazu berechtigt wären. Ähnliche, ebenfalls glaubwürdige Vorwürfe stehen gegen die Frontex-Behörden im Mittelmeer im Raum. In einem offenen Brief an Justizministerin Karin Keller-Suter sowie Finanzminister Ueli Maurer stellte die SP-Parteispitze daher zu Wochenbeginn klar: Solange diese sogenannten «Pushbacks» bestehen und die entsprechenden Vorwürfe unbeantwortet sind, wird die SP zur geplanten Reform der europäischen Grenz- und Küstenwache und der Stärkung von Frontex nicht Hand bieten. Stattdessen beantragt die SP die Sistierung des Geschäfts.

Dass an den Aussengrenzen Europas systematisch fundamentale Menschenrechte verletzt werden, ist inakzeptabel!

Erster Erfolg: Armut ist kein Verbrechen

Wer keinen roten Pass besitzt und Sozialhilfe beanspruchen muss, verliert das Aufenthaltsrecht – selbst wenn er oder sie seit Jahrzehnten in der Schweiz lebt, arbeitet und unverschuldet in Not geraten ist. Das ist menschenverachtend



und zutiefst ungerecht. Um dies zu ändern, hat Nationalrätin Samira Marti eine parlamentarische Initiative eingereicht. Mit der Petition «Armut ist kein Verbrechen» mit 13 000 Unterschriften doppelte die SP nach. Nun hat sich die Staatspolitische Kommission des Nationalrats für die Initiative ausgesprochen. «Nach dieser ersten Etappe wollen wir den Druck aufrechterhalten, damit auch die ständerätliche Kommission zustimmt», sagt Samira Marti. «Nur so erhalten Armutsbetroffene ohne Schweizer Pass wieder Zugang zu unserem sozialen Netz.»

Unterschreibe darum bitte hier:

→ poverty-is-not-a-crime.ch/de



Schang Hutter gestorben

Er war der Schöpfer des SP-Blumen-Plakats und ein halbes Jahrhundert lang Genosse: Der bedeutende Künstler Schang Hutter, der zu Beginn der 90er-Jahre im Kanton Solothurn für den Ständerat kandidierte. Mitte Juni ist er 86-jährig gestorben. Die SP Schweiz drückt seiner Familie ihr herzliches Beileid aus.

Teurere Versicherungsprämien für Ausländer:innen

Beim Abschluss einer Autoversicherung bezahlen Ausländer:innen bis zu 80 Prozent mehr als Schweizer:innen. Je nach Nationalität und Versicherung schwankt dieser «Aufschlag» auf die Prämie stark, wie der Vergleichsdienst Comparis feststellte. Die Kriterien der Versicherungen für ihre Berechnungen sind undurchsichtig und damit willkürlich. Zudem bekräftigen Versicherungen so rassistische Klischees. Wir fordern: Niemand darf wegen der Passfarbe diskriminiert werden! Die SP Migrant:innen haben darum eine Website aufgeschaltet, über die du einfach per Mail deine Versicherung um Auskunft und Anpassung dieser Praxis bitten kannst. Mach mit!

→ versicherungen-so-nicht.ch



«Ein grosser Gewinn für unsere Demokratie»

Jonas Zürcher, SP Schweiz

DER INDIRECTE GEGENVORSCHLAG ZUR TRANSPARENZ-INITIATIVE IST EINER DER GRÖSSTEN ERFOLGE DER SP: NACH JAHRZEHNTELANGEM KAMPF HABEN WIR AUF EIDGENÖSSISCHER EBENE EINES UNSERER WICHTIGSTEN KERNANLIEGEN DURCHGEBRACHT. ENDLICH WERDEN BÜRGERINNEN UND BÜRGER ERFAHREN, WELCHE GROSSEN GELDFLÜSSE HINTER PARTEIEN, ABSTIMMUNGEN UND WAHLEN STECKEN. NADINE MASSHARDT, CO-PRÄSIDENTIN DES TRÄGERVEREINS DER TRANSPARENZ-INITIATIVE, ERZÄHLT, WIE ES DAZU KAM.

Interview:
Pia Wildberger

Das Parlament hat den Gegenvorschlag zur Transparenz-Initiative angenommen und das Komitee hat in der Folge die Initiative bedingt zurückgezogen. Was bedeutet das?

Nadine Masshardt: Der griffige Gegenvorschlag ist ein grosser Gewinn für unsere Demokratie. Wir stärken damit die Meinungsbildung. Die Bürgerinnen und Bürger wissen in Zukunft, woher Grossspenden an Parteien und Kampagnen stammen. Und folglich wissen sie auch, wer Einfluss auf die Politik nimmt. Zudem sind in Zukunft Spenden aus dem Ausland sowie anonyme Spenden verboten. Transparenz in der Politikfinanzierung stärkt das Vertrauen in die Politik, was gerade in der aktuellen Zeit wichtiger denn je ist. Gleichzeitig ist der Gegenvorschlag natürlich ein Meilenstein für die SP.

Für die SP ist es ein fast historischer Moment.

Ja, die SP hat das Anliegen auf Bundesebene immer wieder einge-

bracht. Unsere ersten entsprechenden Vorstösse stammen aus den 1960er-Jahren. Weshalb sie im Bundesparlament nie eine Mehrheit fanden, ist für mich unerklärlich. Jetzt gelang es endlich – gemeinsam mit Verbündeten – unserem Anliegen auf nationaler Ebene zum Durchbruch zu verhelfen. Damit führt die Schweiz als letztes Land Europas nun auch erstmals eine Transparenzregelung ein.

Wie kam es 2016 zur Lancierung der Transparenz-Initiative?

Wir machten das, was wir immer tun: Wir redeten mit den Menschen – mit unseren Mitgliedern und auch mit unseren Wählerinnen und Wählern. Der Lancierung gingen lange Diskussionen und auch eine Umfrage bei den Mitgliedern voraus. Diese sprachen sich 2013 im ersten Online-Voting für diese Initiative aus. Eine wichtige Rolle spielte auch Andy Tschümperlin. Das Thema lag unserem früheren Fraktionsprä-

sidenten am Herzen. Ich danke an dieser Stelle ganz herzlich allen, die 171 000 Unterschriften gesammelt haben, den Spenderinnen und Spendern und auch all jenen, die politisch und strategisch mitgeholfen haben, dass wir im Bundeshaus nach bürgerlichen Mehrfach-Pirouetten schliesslich doch noch eine Mehrheit fanden.

Der Gegenvorschlag erlitt letzten Herbst im Parlament fast Schiffbruch. Weshalb kam es dann doch noch gut?

In der Herbstsession 2020 sah es nicht gut aus, und ich glaubte selbst kaum noch daran, dass wir einen griffigen Gegenvorschlag hinkriegen. Der damals diskutierte Gegenvorschlag war so schlecht, dass auch wir ihn am Ende ablehnten. Der Ständerat hielt dann jedoch an einem Gegenvorschlag fest, sodass erneut Gespräche geführt wurden. Vor allem jüngere Mitglieder des Nationalrats machten sich schliesslich über die Parteigrenzen hinweg für einen griffigen Gegenvorschlag stark. Sie sahen endlich ein, dass die Zeit reif ist für mehr Transparenz.

Was war für den Durchbruch entscheidend?



Eine wichtige Rolle spielten sicher die kantonalen Transparenz-Initiativen der JUSO, die in den letzten Jahren auch in bürgerlichen Kantonen wie Schaffhausen, Schwyz und Freiburg angenommen wurden. Diese Erfolge zeigten den Gegnern unmissverständlich auf, dass die Forderung mehrheitsfähig ist. In der Stadt Bern stimmten zudem letztes Jahr 88 Prozent für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung.

Was können wir aus diesem Erfolg lernen?

Wir packten die Chance, indem wir das Anliegen aufgriffen, als die Zeit dafür reif war. Und wir wussten, dass Transparenz für unsere Demokratie und Gesellschaft wichtig ist. Wir blieben hartnäckig und mit viel Ausdauer am Thema dran. Nicht zuletzt waren wir auch glaubwürdig: Die SP publiziert die entsprechenden Zahlen schon lange.

Lobbyisten im Bundeshaus sind vielen ebenfalls ein Dorn im Auge.

Ja, wobei wir nicht vergessen dürfen: Die grössten und oft auch intransparentesten Lobbyistinnen und Lobbyisten sitzen selber im Parlament. Grosse Summen, die Parlamentsmitglieder aus Mandaten erhalten, sollten deshalb auch offengelegt werden müssen. Die Bevölkerung hat auch hier das Recht zu wissen, ob und wie viel Geld fliesst. Wir bleiben hier dran und haben dazu in der Sommersession bereits einen Fraktionsvorstoss eingereicht.

Kann man Abstimmungen überhaupt kaufen?

Nein. Aber das ist nicht die entscheidende Frage. Unser Ziel war und ist es, die Meinungsbildung und die Demokratie zu stärken. Klar ist aber auch, dass Kampagnen durchaus einen Unterschied machen können, insbesondere bei knappen Ergebnissen. Wenn Werbung nicht wichtig wäre, würde auch die Wirtschaft nicht versuchen, uns Konsumierende mit millionenschweren Kampagnen von Produkten zu überzeugen. Gerade die letzten nationalen Abstimmungen zum CO₂-Gesetz und den Agrarinitiativen zeigten, dass mächtige Lobbys mit grossen Summen das Abstimmungsergebnis zu beeinflussen versuchten. Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht zu wissen, wer für welche Kampagne viel Geld investiert.

Wie geht der Kampf für mehr Transparenz weiter?

Im Bundeshaus setzen wir uns weiter für mehr Licht im Dunkeln der Politikfinanzierung ein. Zudem bleibt die SP auch auf lokaler und kantonaler Ebene sehr aktiv. Köniz bei Bern hat soeben aufgrund eines SP-Vorstosses eine Transparenzregelung angenommen, in den Kantonen Bern, Basel-Stadt und Zürich sowie in den Städten Thun und Langenthal sind entsprechende SP-Vorstösse hängig. Hier bleiben wir dran: Es braucht uns und unseren Einsatz weiterhin.

DIE BESTIMMUNGEN DES INDIREKTEN GEGENVORSCHLAGS

Dank dem Druck unserer Transparenz-Initiative hat das Bundesparlament in seinem indirekten Gegenvorschlag die wichtigsten Elemente der Volksinitiative aufgenommen: So müssen Parteien und Wahl- und Abstimmungskomitees auf Bundesebene künftig bei Spenden von jährlich über 15 000 Franken pro spendende Person die Namen des Geldgebers oder der Geldgeberin offenlegen. Die Volksinitiative sah dafür eine Schwelle von 10 000 Franken vor.

Zudem müssen Parteien sowie Wahl- und Abstimmungskomitees – dazu zählen auch Gewerkschaften, Nonprofit-Organisationen und Verbände – ihre Finanzierung offenlegen, wenn sie in einer Wahl- oder Abstimmungskampagne insgesamt mehr als 50 000 Franken ausgeben. Hier geht der Gegenvorschlag weiter als die Initiative, die dafür eine Schwelle von 100 000 Franken vorgesehen hätte.

Die offengelegten Angaben werden vom Bund stichprobenweise auf ihre Richtigkeit geprüft. Vorsätzliche Falschangaben werden mit Busse bestraft. Und schliesslich werden Spenden für nationale Wahl- und Abstimmungskampagnen aus dem Ausland mit Ausnahme von Spenden von Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern verboten. Auch in diesem Punkt geht der Gegenvorschlag über die Initiative hinaus.

Die Pharmakonzerne und die Pandemie

Heute verhindern Patente, dass es auf der Welt genügend Corona-Impfstoff gibt. Deshalb fordern Indien, Südafrika und hundert weitere Länder, dass diese Patente im Rahmen der WTO ausgesetzt werden. Dafür braucht es die Zustimmung aller Mitgliedsstaaten.

Doch dies wird mit intensivem Lobbying verhindert, unter anderem durch Schweizer Pharma-Konzerne. Konsequenz: Global mehr Pandemie-Tote. Pikant: Selbst die USA wollen die Patente freigeben. Doch die offizielle Schweiz positioniert sich als Handlangerin der Pharmakonzerne und stemmt sich gegen das Ansinnen. Profite scheinen wichtiger zu sein als Menschenleben.

Die Freigabe der Patente wäre auch im Interesse der Bevölkerung in reichen Ländern wie der Schweiz. Mehr Infizierte rund um den Globus führen zu mehr (gefährlichen) Mutationen, die sich weltweit verbreiten und auch die reichen Länder nicht verschonen.

Die Pandemie zeigt uns einmal mehr, wie ungleich die Welt ist und wie ungleich heftig die Pandemie zuschlägt. Bei uns können sich alle impfen lassen, während ganze Kontinente noch auf Impfdosen warten.

Jedes Land sollte während einer Pandemie das Recht haben, Impfstoffe für die Bevölkerung herzustellen – ohne Angst, von Konzernen verklagt zu werden, welche die unterschiedlichsten Patente kontrollieren.

John Nkengasong, Direktor des Africa Centres for Disease Control and Prevention, bringt es auf den Punkt: «Alle Länder sollten auf der richtigen Seite der Geschichte stehen.» Das gilt auch für die Schweiz.

DIE ABLEHNUNG DES CO₂-GESETZES MITTE JUNI AN DER URNE STECKEN VIELE NICHT LEICHT WEG. CO-PRÄSIDENTIN MATTEA MEYER ZEIGT IN DIESEM BRIEF AN DIE ADRESSE DER GENOSS:INNEN AUF, WIE WIR WEITER FÜR EINEN EFFIZIENTEN KLIMASCHUTZ EINSTEHEN.

Liebe Genossinnen und Genossen



Für ein Interview stand ich auf der Bundesterrasse an der prallen Sonne, als definitiv klar wurde: Das CO₂-Gesetz war an der Urne gescheitert.

In diesem Moment dachte ich an euch und alle andern, die sich mit grossem Einsatz engagiert haben. Ich dachte an unsere Bundesrätin Simonetta Sommaruga, wie sie in der ganzen Schweiz mit Überzeugung für mehr Klimaschutz geworben hat. Und ich erinnerte mich an den Besuch bei einer Emmentaler Firma, die mit ihren Aussenbegrünungen einen konkreten Beitrag für mehr Ökologie leistet.

Auch mit dem Nein bleibt die Klimakrise die drängendste Herausforderung unserer Zeit. Wir dürfen

keine Zeit verlieren. Und die SP ist bereit:

- Erstens werden wir uns dafür einsetzen, dass die unbestrittenen Teile des CO₂-Gesetzes rasch übernommen werden. Wir kämpfen auf nationaler und kantonaler Ebene für jeden kleinen Schritt und können dabei auf unzählige kompetente Genossinnen und Genossen zählen.
- Zweitens soll die Schweiz dort ansetzen, wo sie den grössten Hebel hat: beim Finanzplatz. Unsere Banken verwalten einen Viertel (!) des weltweiten Vermögens. Diese Milliarden sollen nicht mehr in die Zerstörung des Regenwalds und in Kohleabbau investiert werden können. Wir sind deshalb in einer breiten Allianz daran, eine Initiative für einen sozialen und ökologischen Finanzplatz auszuarbeiten.
- Drittens braucht es ein staatliches Investitionsprogramm für den Ausbau von erneuerbaren Energien, für Gebäudesanierungen und den öffentlichen Verkehr. Oder wie es Simonetta Sommaruga sagt: «Wir müssen den Menschen die Möglichkeit geben, klimafreundlich zu leben.»

Als ich an diesem Sonntag auf die Aare blickte, war ich enttäuscht.

Die FDP und die Mitte haben es nicht geschafft, ihre Leute von einem Ja zu überzeugen. Obwohl sie das Gesetz massgeblich geprägt hatten.

Die Kampagne der Erdöl-Lobby hat verfangen. Wir stritten über Rappen für Benzin anstatt über Milliarden, die nicht mehr für Erdöl ins Ausland fliessen, sondern im Inland für Klimaschutz ausgegeben werden sollen.

Und uns gelang es zu wenig, die Grundsatzfrage zu stellen: Lassen wir es zu, dass unser Planet weiter kaputt gemacht wird? Oder schaffen wir es, ihn zu retten, damit für alle ein gutes Leben möglich ist? Es ist das Verdienst der Klimabewegung, dass sie genau diese Frage mit Hartnäckigkeit ins Zentrum der politischen Debatte gebracht hat.

Oder wie es der Chef der Firma im Emmental bei meinem Besuch sagte: «Für Klimaschutz gibt es keinen Plan B.»

eure

Mattea Meyer

Klimapolitik – jetzt erst recht!

Leider ist das CO₂-Gesetz am 13. Juni 2021 gescheitert, trotz intensiver Kampagne auch von Seiten der SP. Doch Nichtstun ist keine Option – die SP hat klare Vorstellungen, was die nächsten Schritte in der Klimapolitik angeht.

Die Wahlen 2019 sind als «Klimawahl» in die Geschichte eingegangen. Um die Positionen der SP in der Klimapolitik weiterzuentwickeln, begannen Anfang 2020 die Arbeiten an einem neuen Positionspapier. Corona verhinderte die Behandlung an der Delegiertenversammlung von Juni 2020, da diese nur online durchgeführt werden konnte. Das Papier wurde deshalb bis im September 2020 einem Online-Partizipationsprozess mit parteiinternen und externen Expert:innen vorgelegt. Sehr viele Rückmeldungen trafen ein, zu besonders umstrittenen Themen fanden Diskussionspanels statt.

Daraus ist eine umfassende Zusammenstellung entstanden, mit zahlreichen konkreten Ideen in Bereichen wie Verkehr, Gebäude/Wohnen, Landwirtschaft, Ernährung, Konsum oder Stromversorgung. Die Ideen und Vorschläge sollen in die zukünftige Arbeit der SP in den Gemeinden, den Kantonen und auf Bundesebene einfließen. **Das Resultat findet ihr seit dem Abstimmungssonntag unter klimagerechtigkeit-ja.ch.** Die Texte werden laufend um Mustervorstösse aus den Kantonen und Aktionsideen ergänzt, damit wir alle bei uns vor Ort aktiv werden können. Der ursprünglich geplante Partizipationsprozess mit allen Mitgliedern findet nicht statt, da die Schwerpunkte nun auf der Umsetzung liegen.

Die SP will, dass die Schweiz endlich bei ihrem wichtigsten Hebel ansetzt: Dem Finanzplatz. Die Schweiz verwaltet 6200 Milliarden Franken – das sind ein Viertel der Vermögen weltweit. Dieses Geld soll nicht mehr in die Zerstörung der Regenwälder oder in den Abbau von Kohle fliessen, sondern in eine soziale und ökologische Zukunft.

Rebekka Wyler im Namen des Präsidiums

Referendum: Nein zum Stempelsteuer-Bschiss!

MILLIARDENGESCHENKE FÜR KONZERNE, DIE KOSTEN DEM VOLK? NICHT SCHON WIEDER! DIE SP ERGREIFT DAS REFERENDUM GEGEN DIE ABSCHAFFUNG DER STEMPELSTEUER. DAMIT WIR DAS BIS ZUM 7. OKTOBER SCHAFFEN, BRAUCHEN WIR JETZT DEINE HILFE – JEDE UNTERSCHRIFT ZÄHLT!

Erinnerst du dich an die USR III? Den Multimilliarden-Bschiss, mit dem die Bürgerlichen vor ein paar Jahren die Steuerrechnung der Konzerne vergolden wollten? Die SP brachte dieses Vorhaben damals praktisch im Alleingang zu Fall. Bereits im Parlament hatten wir damals vor einem «Buebetrickli» gewarnt: Gewichtige Teile wurden aus der Vorlage rausgenommen, um sie später scheinbar besser verkaufen zu können. Dazu gehörte auch die jetzt vorliegende Abschaffung der Stempelsteuer. Und genau das passiert jetzt.

Dabei ist die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital nicht die erste Scheibe, die in bewährter Salami taktik abgeschnitten wird. Der Salami fehlt schon ein rechtes Stück. Denn die Richtung in der Steuerpolitik ist seit Jahren dieselbe: Runter – solange es um



Cédric Wermuth,
Co-Präsident SP Schweiz



Hier unterschreiben

Grosskonzerne und ihre Aktionäre geht.

In drei Vorlagen sollen die Stempelsteuern abgeschafft werden, schön gestückelt, damit es keiner so richtig merkt. Das ganze Paket kostet schlussendlich 2200 Millionen Franken jährlich. Dazu kommen weitere Steuersenkungspläne etwa bei den Industriezöllen und der Verrechnungssteuer. Die Antwort auf die Frage, wer das bezahlen darf, liegt auf der Hand: Wir alle.

Selbst alt Bundesrat Merz findet klare Worte

Diesen erneuten Bschiss können wir uns nicht gefallen lassen. Deshalb hat die SP jetzt das Referendum gegen die erste Vorlage zur Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital angekündigt.

Alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz – beileibe kein Linker – kommentierte diese schon mehrmals vorgeschlagene Abschaffung übrigens deutlich: «Die Nutzniesser wären in erster Linie bei den multinationalen Unternehmen, den Banken, Versicherungen und Holdinggesellschaften zu suchen, nicht aber bei den

KMU.» Tatsächlich sieht das geltende Gesetz bereits heute eine Reihe sinnvoller Ausnahmen vor, die die Bedürfnisse von kleinen und mittleren Unternehmen abdecken.

Ein Minimum an Steuern für Konzerne

Besonders stossend ist, dass die Finanzbranche bereits heute enorme Privilegien genießt. Im Gegensatz zu Frankreich oder Italien kennt die Schweiz keine Finanztransaktionssteuer. Finanzdienstleistungen sind generell von der Mehrwertsteuer befreit, und anders als zum Beispiel in Deutschland gibt es in der Schweiz auch keine Kapitalgewinnsteuer.

Nur die Stempelsteuer stellt sicher, dass Finanzkonzerne für ihre Transaktionen ein Minimum an Steuern bezahlen: Sie ist so etwas wie ein Ersatz für die ansonsten weitgehende Steuerbefreiung der Finanzbranche. Die Abschaffung der Stempelsteuer wäre ein erster und entscheidender Schritt, die Finanzdienstleistungen von jeder Besteuerung auszunehmen.

Stempelsteuer-Bschiss

Grosskonzerne profitieren,
wir alle zahlen.

Nicht schon wieder!

Jetzt Referendum unterschreiben

Nein

WAS SIND STEMPELSTEUERN?

Stempelabgaben sind Steuern, die auf die Ausgabe und den Handel mit Wertschriften erhoben werden. Der Bund erhebt drei Arten von Stempelabgaben: Die Emissionsabgabe (Aktienerrhöhung), die Umsatzabgabe (Kauf und Verkauf von Wertpapieren) und die Abgabe auf Versicherungsprämien (Prämien von Haftpflicht-, Feuer-, Kasko- und Hausratversicherungen).



Jubiläum auf dem «Rütli der Schweizer Frauen»

AM 5. JUNI FEIERTEN SP UND SP FRAUEN* IN UNTERBÄCH MIT EINEM OFFIZIELLEN FESTAKT DIE EINFÜHRUNG DES FRAUENSTIMMRECHTS VOR 50 JAHREN. 90 FRAUEN AUS DER GANZEN SCHWEIZ WAREN FÜR DIE DERZEIT NOCH UNGEWOHNTEN, DAFÜR UM SO WILLKOMMENEREN FEIERLICHKEITEN INS OBERWALLIS GERIST.

Anna Luna Frauchiger

Ort und Datum der Feier waren nicht zufällig gewählt: Am Wochenende vom 5. Juni 1971 fand die erste nationale Abstimmung mit Beteiligung der Frauen statt. Im Walliser Bergdorf Unterbäch hatten jedoch bereits 14 Jahre früher 33 Frauen ihren Stimmzettel in eine Urne werfen dürfen. Daher gilt die Gemeinde als «Rütli der Schweizer Frauen» – mit dem entscheidenden Unterschied, dass es sich hierbei nicht um einen Mythos handelt.

Die Geschichte der historischen, später für illegal erklärten Unter-

bächner Frauenabstimmung erzählte am Jubiläumsfest Germaine Zenhäusern: Ihre Mutter Katharina war die Erste, die ihre Stimme in eine separate Urne für Frauen einwarf, und Vater Paul hatte den Akt des Ungehorsams gegenüber Kanton und Bund aufgeleitet. Als Sechsjährige erlebte sie die Abstimmung 1957. «Für meine Mutter und Grossmutter war es selbstverständlich, abstimmen zu gehen», erinnert sich Zenhäusern, «schliesslich gingen die Frauen auch arbeiten.»

Neben der Zeitzeugin war viel Prominenz zugegen, darunter Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss, Co-Parteipräsidentin Mattea Meyer, die Co-Präsidentinnen der SP Frauen Tamara Funciello und Martine Docourt – und Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Letztere sprach darüber, wie entscheidend die Frauen für den Fortschritt der Schweizer Klimapolitik waren. Dank den Frauen wurde die Schweiz zur Pionierin in der Verlagerungspolitik, dank einer Frauenmehrheit im Bundesrat sei das Moratorium für Atomkraftwerke verabschiedet worden. Deshalb, so Sommaruga: «Frauen gehören an die Schalthe-

bel der Macht – gestern wie heute.» Überall dort, wo die Zukunft unseres Landes gestaltet werde, brauche es die Frauen.

Auf dem Weg zum Briefkasten

Die Zukunft mitgestalten bedeutet: Politikerin zu sein oder Ingenieurin, Kinder zu erziehen, zu forschen, eine Firma zu leiten, Aktivistin zu sein. Und es heisst auch: Abstimmen. Als Höhepunkt des Festes warfen darum alle Anwesenden ihre Abstimmungscouverts in den Unterbächner Briefkasten.

Die Schweiz kann im Grunde nicht stolz darauf sein, dass das Frauenstimmrecht erst vor 50 Jahren eingeführt wurde. Es ist die Frauenbewegung, die dieses Recht erkämpft hat und zu Recht stolz darauf ist. Auch deshalb stand die gesamte Feier im Zeichen der Vorkämpferinnen.

Noch nie haben jene, die «oben» sitzen, für mehr Gleichstellung gesorgt. Der Kampf für Frauenrechte kam immer von unten und muss darum weitergehen. Damit Care-Arbeit endlich gerecht entlohnt, Kinderbetreuung erschwinglich, die Erhöhung des Frauenrentenalters verhindert und das Konsensprinzip im Sexualstrafrecht verankert wird. Wie Ruth Dreifuss sagte: «Gesetze ändern die Gesellschaft nicht. Die Gesellschaft ändert die Gesetze.»





«Mein Ziel war es Brücken zu bauen»

MIT DER SESSION VOM JUNI ENDET DIE AMTSZEIT VON KANTONSRATS-PRÄSIDENTIN YLFETE FANAJ (38). «LINKS.LU» SPRACH MIT IHR ÜBER DAS VERGANGENE AMTSJAHR. Interview: Sebastian Dissler

Liebe Ylfete, im Juni endet deine Amtszeit als Kantonsratspräsidentin. Du hast dein Amtsjahr unter das Motto «Luzern verbinden» gestellt. Ist dir dies – zumindest ein Stück weit – gelungen?

Mein Ziel war es, Brücken zwischen Bevölkerung und Politik zu bauen und das Vertrauen in den Kanton zu stärken – gerade in diesen herausfordernden Zeiten. Gemeinsam mit dem Regierungspräsidenten Reto Wyss suchten wir das Gemeinsame und wollten das Verbindende pflegen. Dazu hatten wir vier thematische Veranstaltungen geplant. Leider konnten sie coronabedingt nicht stattfinden. Bei Begegnungen und Veranstaltungen stellte ich fest: Man findet immer etwas Gemeinsames, wenn man einander zuhört.

Welche Begegnung wird dir besonders in Erinnerung bleiben?

Die Breite der Begegnungen hat mich fasziniert und ich konnte von jeder viel mitnehmen! Beispielhaft erwähne ich folgende: Auf Einladung der SP Hochdorf besuchte ich im September 2020 die Ferrenmühle in Kleinvangen. Die junge Müllerin Ramona Eberli hat die jahrhundertealte Mühle übernommen und erzählte mit Leidenschaft von ihrem Handwerk, was mich sehr beeindruckte! Es zeigte sich, dass ihre Arbeit mit der Politik

Gemeinsamkeiten hat: Beide wollen die Spreu vom Weizen trennen und die Saat bearbeiten, bis das beste Produkt entstanden ist.

Der Ratsbetrieb und die öffentlichen Auftritte verliefen unter den speziellen Bedingungen der Pandemie. Hast du dich manchmal geärgert, nicht in einem «normalen» Jahr Präsidentin gewesen zu sein?

Bereits im ersten Lockdown im Frühling 2020 wurde mir bewusst: Es wird ein spezielles Präsidialjahr werden. Von der Coronakrise waren alle betroffen, darum habe ich auch gar nicht damit gehadert. Natürlich hatte ich mich darauf gefreut, unterschiedliche Menschen zu treffen und Anlässe zu besuchen, zu denen ich bisher keinen Bezug hatte. Das war leider nur beschränkt möglich. Aber ich habe andere Formen gefunden, um mit Menschen in Kontakt zu treten und für Themen zu sensibilisieren, die mir wichtig sind – zum Beispiel indem ich Gäste zu den Sessionen eingeladen habe.

Du sprichst deine Gastreihe «Eine Stimme haben» während den Sessionen an. Was war da genau das Ziel und wie sind deine Gäste im Kantonsrat angekommen?

Bei der Wahlannahme versprach ich, allen eine Stimme zu geben, die in unserem

System nicht oder zu wenig gehört werden. So lud ich an jeder Session eine Persönlichkeit ein, um ihr Raum und Aufmerksamkeit für eine Botschaft zu geben. Eine Frau mit Behinderung, eine Jugendparlamentarierin, einen Geflüchteten aus Syrien, eine Transfrau, ein ehemaliges Pflegekind, ein Mann mit psychischen Problemen und eine 9-Jährige aus dem Kinderparlament traten vor dem Kantonsrat auf. Die Rückmeldungen waren sehr positiv, die Einblicke stimmten nachdenklich.

«Eine Stimme haben» heisst auch die laufende Ausstellung im historischen Museum Luzern zu 50 Jahre Frauenstimmrecht. Du hast dieses Jubiläum in Luzern entscheidend mitgeprägt.

50 Jahren nach dem Einzug der ersten Frauen im damaligen Grosse Rat hatte ich die Ehre, Kantonsratspräsidentin zu sein. So stand ich in der Verantwortung, meinen Beitrag zu leisten. Mit dem Verein «50 Jahre Frauenstimmrecht Luzern» haben wir Anlässe organisiert. Mir war es wichtig, Pionierinnen zu würdigen, aber auch aktuelle Gleichstellungsthemen zu diskutieren.

Liebe Ylfete, ich danke dir im Namen der ganzen SP für deinen Einsatz im vergangenen Jahr. Du warst nicht zuletzt für unsere Partei ein hervorragendes Aushängeschild!

KOMMENTAR



SP Migrant*innen im Aargau

Etwa 25 Prozent der Aargauer Einwohner*innen sind nicht Schweizer Bürger*innen. Viele sind hier geboren oder leben bereits seit zwei, teilweise seit drei Generationen in der Schweiz. Wir leben und arbeiten alle hier gemeinsam im gleichen Kanton, in den gleichen Gemeinden, und obwohl das überwiegende Gros der «ausländischen» Mitbürger*innen auf allen Ebenen ihren Beitrag zu unserem Gemeinwohl leistet, gibt es Unterschiede und grundlegende Benachteiligungen.

Als SP Migrant*innen wollen wir Menschen mit einem Migrationshintergrund und ohne politische Mitbestimmungsrechte eine Stimme geben – in der SP, aber auch ausserhalb. Wir sind eine relativ junge und auch neue Unterorganisation der SP Aargau. Erwähnenswert ist sicherlich, dass wir kantonal betrachtet eine grössere Sektion mit mehr als 100 Mitgliedern stellen. Schweizweit sind wir inzwischen die drittgrösste Organisation der SP Migrant*innen. Auffallend ist die ausgewogene Altersstruktur.

Dank der Vorarbeit unserer Gründer*innen sind wir nun endlich so weit. Am ordentlichen Parteitag im Juni 2021 werden wir nun offiziell in die Statuten der Partei aufgenommen.

An unserer Mitgliederversammlung 2021 erfolgte eine Erneuerung unseres Vorstandes. Ihm gehören für die nächsten zwei Jahre an: Sinem Gökçen und Stefan Dietrich (Co-Präsidium), Daniel Drozdov, Leutrim Spahija, Sennur Sümer, Helena Santiago, Rafik Abdullah, Suat Karavus, Florim Kadriu und Haidari Zikrullah.

Inhaltlich und thematisch werden wir unsere nächsten Aktionen auf das Wahl- und Stimmrecht für Ausländer*innen im Kanton Aargau konzentrieren.

Sinem Gökçen von Untersiggenthal und Stefan Dietrich von Bremgarten bilden das Co-Präsidium der SP Aargau Migrant*innen.

PRÄMIENVERBILLIGUNGEN 2022

Bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat verweigert anständige Prämienverbilligung

DIE SP AARGAU IST MIT DER UNGENÜGENDEN ERHÖHUNG DES KANTONALBEITRAGS AN DIE INDIVIDUELLE PRÄMIENVERBILLIGUNG (IPV) NICHT ZUFRIEDEN. DIE VOM GROSSEN RAT BESCHLOSSENEN 142,2 MILLIONEN FRANKEN REICHEN NICHT AUS, UM EINE WIRKSAME PRÄMIENVERBILLIGUNG AUCH FÜR DEN MITTLEREN MITTELSTAND SICHERZUSTELLEN. DIE SP AARGAU FORDERT DARUM EINE AUFSTOCKUNG DES KANTONALEN BEITRAGS UM 20 MILLIONEN FRANKEN AUF 162,2 MILLIONEN FRANKEN.

Julia Hoppe von Herznach ist Politische Sekretärin der SP Aargau.



Das gesetzgeberische Ziel der Prämienverbilligung ist es, Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen zu entlasten und zu unterstützen. Explizit sollen Familien mit unteren und mittleren Einkommen entlastet werden. Es handelt sich nicht um ein Almosen des Staates oder um reine Armutsbekämpfung, erläuterte Grossrat Jürg Knuchel im Grossen Rat vom 9. Juni 2021. Viel mehr schaffe das Prinzip einen Ausgleich, um die für Reich und Arm gleich hohe Prämienbelastung wettzumachen: «Die Menschen in diesem Kanton haben ein Anrecht auf diese Entlastung», so Knuchel.

Sozialpolitisch fragwürdig

Mit Erstaunen nimmt die SP Aargau die Selbstzufriedenheit des Departements für Gesundheit und Soziales zur Kenntnis, das sich selber gute Arbeit attestiert, dabei aber diverse Probleme und Defizite ausblendet. Beispielsweise liegen keine aktuellen Zahlen zu den Einkommensverhältnissen vor. Dies ist besonders stossend, da im letztjährigen Dekret drei von vier Haushaltstypen den rechtmässigen Anspruch klar verfehlten. Es stimmt bedenklich, dass ein Grossteil der Parlamentarier*innen sich zu einer Hinnahme dieser Ungerechtigkeit verleiten lässt und soziale Missstände gutheisst und toleriert.

Korrektur von Nöten

«Die Sparrunden der Jahre 2014 bis 2017 haben bei der Prämienverbilligung tiefe Wunden hinterlassen, die noch längst nicht korrigiert, geschweige denn verbessert sind», so Jürg Knuchel. Die Berechnungen im Dekret 2020 belegen klar einen Fehlbetrag von 19,4 Millionen Franken zur gesetzeskonformen Befriedigung aller Anspruchsgruppen. Die SP Aargau fordert aufgrund des Prämien- und Bevölkerungswachstums eine Erhöhung um 3,1 Prozent, was genau 20 Millionen Franken entspricht. Diese Erhöhung ist moderat und würde einen Kantonsanteil von 43 Prozent ausmachen. Damit stünde der Kanton Aargau im sozialpolitischen Mittelfeld aller Kantone.

«Das wollen und das müssen wir uns leisten können, wenn wir gleichzeitig über Steuererleichterungen wie die Senkung des Gewinnsteuertarifs für Unternehmen und die Erhöhung des Prämienabzugs diskutieren», so Jürg Knuchel.

Das wollen und das müssen wir uns leisten können, wenn wir gleichzeitig über Steuererleichterungen diskutieren.

FRANZISKA ROTH UND NIKLAUS WEPFER IM INTERVIEW

«Seine Kritik war jederzeit ehrlich»

Franziska, was waren deine Beweggründe nach 9 Jahren das Parteipräsidium abzulegen?

9 Jahre sind lange für ein Parteipräsidium. Einerseits konnte ich diverse Aufgaben, die einfach zu einem Parteipräsidium gehören, beispielsweise eine gewisse Hintergrundarbeit sowie das seriöse Ausdiskutieren von diversen Themen, nach der Wahl zur Nationalrätin nicht mehr mit der nötigen Sorgfalt erledigen. Andererseits ist mir auch wichtig: Wenn wir immer davon sprechen, neue, junge Leute aufbauen zu wollen, dann müssen wir auch dort, wo es Plattformen dafür gibt, Platz freimachen. Das Präsidium gibt Medienpräsenz, man kann sich ein Profil geben.

Nik, 12 Jahre warst du Parteisekretär, wie-so nicht nochmals 12 Jahre?

Es waren 12 sehr schöne Jahre, ich bin mit vielen Leuten in Kontakt gekommen. 12 Jahre sind aber auch eine lange Zeit. Wenn man spürt, dass die Emotionen nachlassen, dann muss man die Reissleine frühzeitig ziehen. Ich könnte mir nicht vorstellen, als Parteisekretär pensioniert zu werden. Es ist in einem gewissen Sinn auch ein Verschleissjob. Man ist immer mit Leib und Herz präsent für die Partei. Aber nicht nur für mich, sondern auch für die Partei ist der Zeitpunkt für diesen Wechsel richtig. Meine Nachfolger haben nun genügend Zeit, bis die nächsten grossen Kampagnen folgen.

Was ist euch in dieser Zeit speziell gelungen?

Franziska: Speziell gelungen ist mir, der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn mit meiner Art ein Gesicht gegen aussen zu geben. Man kennt uns, weil ich gerne rede und auch zu fast allem etwas gesagt habe. Wichtig war mir immer wieder zu

zeigen, dass man in der Politik auch Humor haben und Humor zeigen darf.

Nik: Ein Highlight war sicherlich die Wiedergründung der Sektion Luterbach im Jahr 2018, nach einem knapp zweijährigen Prozess. Wir konnten in diesem Projekt viele Neumitglieder gewinnen und ich durfte neue, engagierte Personen kennenlernen. Unsere Partei steht auf gesunden Beinen, finanziell und personell. Sie ist gut organisiert mit vielen engagierten Mitgliedern. Darauf bin ich stolz. Emotional war mit Sicherheit auch der Sieg beim Referendum gegen die Senkung der Prämienverbilligung, welches wir im Alleingang gewonnen haben, sowie dasjenige zur Tiefsteuerstrategie des Kantons. Bei beiden Referenden durfte ich die Kampagne koordinieren und führen.

Was ist euch nicht gelungen?

Franziska: Ich möchte an den kantonalen Parteitag viel mehr konstruktiv streiten. An Parteitag anderer Kantonalsektionen wird miteinander um die Positionen gefightet. Es ist mir nicht gelungen die Geschäftsleitung davon zu überzeugen, mehr kontradiktorische Diskussionen an den Parteitag zu führen. Ich bin überzeugt davon, dass wir als Partei davon profitieren würden.

Nik: Fachausschüsse sind ganz wichtige Gremien für eine Partei. Sie schreiben Vernehmlassungen, nehmen Probleme aus der Bevölkerung auf, geben der Geschäftsleitung Inputs und erarbeiten Vorstösse zu Handen der Kantonsratsfraktion. Es ist mir nicht gelungen, jetzt, zum Abschluss, jeden Fachausschuss in Topformation zu übergeben. Was mir ebenfalls Bauchschmerzen verursacht, ist das Sektionssterben in den letzten Jahren. Es ist uns nicht gelungen dies aufzuhalten. Vermutlich braucht es hier in Zukunft auch andere Sektionsstrukturen.

Ihr zwei wurdet auch als «Dreamteam» bezeichnet. Was muss man sich darunter vorstellen?

Franziska: Ich glaube, ich habe mit Nik fast so viel telefoniert wie mit meinem Partner. Wir sind in diesen Jahren zu einem Team geworden. Ich konnte mich auf Nik jederzeit 100%-ig verlassen. Und Nik hat gewusst, dass, wenn ich anrufe, irgendetwas Wichtiges sein muss. Seine Kritik war jederzeit ehrlich. Es hat bei uns auf der menschlichen Ebene einfach funktioniert. Wir haben uns mit unseren unterschiedlichen Arten gegenseitig sehr gut ergänzt. Ich freue mich sehr darüber, dass mich Nik auf meinem weiteren politischen Weg als persönlicher Mitarbeiter begleiten wird.

Nik: Ich habe es sehr geschätzt, dass wir uns immer auf Augenhöhe begegnet sind und uns blind verstanden haben. Franziska hatte mir gegenüber ein uneingeschränktes Vertrauen und das war schon geil so zu arbeiten. Ich habe mich auch nie über Franziska geärgert. Wir haben den Begriff «Dreamteam» nicht erfunden, aber es stimmt und ich freue mich sehr auf die weitere Zusammenarbeit mit Franziska.

Was würdet ihr beide euren Nachfolgern auf den Weg mitgeben?

Franziska: Nehmt Angriffe nicht persönlich, gebt immer eine persönliche Rückmeldung und nehmt euch die drei goldenen G – Gelassenheit, Glaubwürdigkeit und Galgenhumor – zu Herzen.

Nik: Ich wünsche euch, dass ihr zur Partei gut achtgibt und dass ihr gegenüber unseren Mitgliedern und allen freiwilligen Helferinnen und Helfern immer wieder Herz und Dankbarkeit zeigt. Denn sie sind unser Kapital.

FORTSCHRITT fürs BASELBIET

SP



Miriam Locher
Parteipräsidentin SP BL

Nach Jahren der Abbaupolitik ist es Zeit für Fortschritt im Baselbiet. Die Corona-Krise hat verdeutlicht, wie wichtig funktionierende Spitäler, gute Schulen, lokale Einkaufsläden, flächendeckendes Kindertagesstätten-Angebot, gute Löhne und soziale Sicherheit für uns alle sind. Dass wir dann stark sind, wenn wir gemeinsam Verantwortung füreinander übernehmen. Wir wehren uns deshalb vehement, wenn die Rechten den Reichen die Steuern senken wollen und wenn bei öffentlichen Dienstleistungen und Sozialwerken abgebaut werden soll. Was wir brauchen, ist das Gegenteil: Sozialer Fortschritt. Eine lebenswerte Zukunft für alle im Baselbiet. Mit gebührenfreier Kinderbetreuung, besseren Arbeitsbedingungen in der Pflege, Klimagerechtigkeit, einem Mindestlohn und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dafür braucht es mehr SP. Wir sind die Bewegung, die Fortschritt fürs Baselbiet bringt.

- Bessere Löhne und Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen (insbesondere in der Pflege, Logistik, Wäschereien, Raumpflege etc.)
- Regionale Gesundheitsversorgung mit Basel-Stadt vorantreiben

- Kostenloses U-Abo für die ganze Bevölkerung und eine Velooffensive fürs Baselbiet
- Verbot von Öl- und Gasheizungen, finanzielle Begleitmassnahmen für Mieter*innen

Bildung: Gute Bildung und Arbeitsbedingungen für alle statt Steuergeschenke für die Reichsten

Die rechte Mehrheit möchte Steuergeschenke für einige wenige Reiche. Wir wollen, dass stattdessen in die Zukunft unserer Kinder investiert wird. Lehrpersonen und Schulkhäuser müssen für den Unterricht gut ausgerüstet sein. Die SP will einen massiven Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung und eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche.

- Flächendeckendes Tagesschulangebot
- Genügend Ressourcen für Lehrpersonen und gute Infrastruktur für Schüler*innen
- Ausbildungsgarantie für Jugendliche

Gleichstellung: Vereinbarkeit von Familie und Beruf statt Diskriminierung

Pro Jahr verdienen Frauen 100 Milliarden Franken weniger als Männer. Wegen der Lohnungleichheit und weil Frauen einen Grossteil der unbezahlten Sorge- und Betreuungsarbeit übernehmen. Wir brauchen deshalb eine Gleichstellungsoffensive, damit Eltern selbstbestimmt und gleichberechtigt bei Erziehungsaufgaben und Erwerbstätigkeit sind.

- Gebührenfreie Kinderbetreuung für alle Familien
- Kantonale Elternzeit
- Lohngleichheit

Gesundheit: Geld, Zeit und Respekt für unsere Gesundheit statt Privatisierungen

Die Sorge um uns selbst und um andere steht im Zentrum des Lebens von uns allen. Deshalb braucht es mehr Geld, Zeit und Respekt für die Menschen, die täglich in den Spitälern, Altersheimen oder bei der Spitex arbeiten. Gemeinsam lösen wir auch die Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung: Es braucht eine regionale Spitalplanung ohne Privatisierungen und eine finanzielle Entlastung für die Bevölkerung.

- Mehr Prämienverbilligung: Nicht mehr als 10 % des Einkommens für Krankenkassenprämien

Klima: Klimagerechtigkeit statt Erdölabhängigkeit

Null Öl, null Gas, null Kohle – bis 2030. Das ist das Ziel. Dafür müssen wir die Macht der rechten Erdöllobby brechen. Wir setzen uns ein für eine wirksame und sozial gerechte Klimapolitik. So sichern wir unsere Lebensgrundlagen, verbessern die Lebensqualität und ermöglichen gute Arbeit für alle.

- Finanzplatzverantwortung: Verbot von klimaschädlichen Investitionen für die BLKB, die BLPK und die Gebäudeversicherung

Soziale Sicherheit: Sozialer Fortschritt statt Abbau von Sozialrechten

Es geht uns allen besser, wenn es allen gut geht. Darum verteidigen wir die Sozialrechte gegen die Abbaupläne der rechten Mehrheit. Bezahlbares Wohnen, ein sicheres Einkommen und ein gut ausgebautes soziales Netz ermöglichen uns allen ein Leben in Freiheit und Sicherheit.

- Kantonaler Mindestlohn, von dem man leben kann
- Bezahlbarer Wohnraum für alle: Förderung von gemeinnützigem Wohnbau
- Kein Abbau in der Sozialhilfe – sie muss ein Leben in Würde ermöglichen



Nils Jocher
Vizepräsident SP BL



Jonas Eggmann
Vizepräsident SP BL

Diese programmatischen Schwerpunkte wurden von der Geschäftsleitung erarbeitet und verabschiedet. Die Wahlplattform für die Wahlen 2023 wird wiederum in einem partizipativen Prozess erarbeitet, bei dem sich alle Mitglieder einbringen können, und an einer Delegiertenversammlung beschlossen. Infos dazu folgen im nächsten Jahr.



«Der Schlüsselbegriff ist Inklusion»

ZUM ERSTEN MAL ÜBERHAUPT WARB DIE SP SCHWEIZ BEIM CO₂-GESETZ MIT EINEM VIDEO IN GEBÄRDENSPRACHE FÜR EINE VORLAGE. AUF NATIONALER EBENE REICHTE DIE SP MEHRERE VORSTÖSSE FÜR EINE BESSERE INKLUSION VON GEHÖRLOSEN EIN. DOCH FÜR WEN SETZT SICH DIE SP DA EIN? EINE ANNÄHERUNG MIT FERNANDA FALCHI UND ANDRÉ MARTY, VERANTWORTLICHE FÜR PUBLIC AFFAIRS BEIM SCHWEIZERISCHEN GEHÖRLOSENBUND.

Vorneweg, darf man heute noch «taub» sagen?

Fernanda Falchi: Wir sagen gehörlos. Der alte Begriff «taub» oder gar «taubstumm» ist diskriminierend. Gehörlose hören einfach nichts, sie verfügen aber über dieselben Fähigkeiten wie Hörende.

Auf eurer Website heisst es, auch geschriebene Texte seien für Gehörlose schwer verständlich. Wie lässt sich das erklären?

André Marty: Die Muttersprache von Gehörlosen ist die Gebärdensprache. Mit Bewegungen werden Wörter und ganze Sätze zusammengefasst. Buchstaben hingegen entsprechen einzelnen Lauten, die Gehörlose ja nie gehört haben. Der Zusammenhang entsteht über den Klang. Geschriebene Wörter sind für Gehörlose zufällig geordnete Buchstabenfolgen, die sie zunächst auswendig lernen und dann mit Inhalt füllen müssen. Das Wort «Tisch» zu erklären ist einfach, «Solidarität» schon schwieriger.

Fernanda Falchi: Erschwerend kommt das generell eher tiefe Bildungsniveau von Gehörlosen hinzu. In ihrer Muttersprache gab und gibt es nur wenige Bildungsangebote. Ein grosser Teil der Bildung wird auch heute noch über die gesprochene Sprache vermittelt. Über das Lippenlesen werden aber nur 30 bis 40 Prozent der Inhalte verstanden. Dadurch entsteht ein Bildungsrückstand. Gebärdensprache sollte parallel mit der geschriebenen Sprache unterrichtet werden. Die geschrie-

bene Sprache ist für Gehörlose eine Fremdsprache, die anstrengend zu lesen ist.

Was hat sich mit der Corona-Pandemie für Gehörlose verändert?

Fernanda Falchi: Seit die Medienkonferenzen des Bundesamts für Gesundheit immer in Gebärdensprache übertragen werden, hat sich das Verständnis in der breiten Bevölkerung erhöht. Früher war es beispielsweise im Zug unmöglich, vom Kondukteur eine Auskunft zu bekommen. Heute klappt die Verständigung irgendwie besser. Aber mit Masken ist das Lippenlesen unmöglich. Es gibt welche mit einem Fenster vor dem Mund. Das ist jedoch nicht optimal, denn sie beschlagen oder spiegeln die Umgebung. Am einfachsten ist es, genug Abstand zu halten und die Maske abzunehmen. Oder einfach auf Stift und Papier zurückzugreifen.

Welches Verhalten wünschen sich Gehörlose denn von Hörenden?

Fernanda Falchi: Der Schlüsselbegriff ist Inklusion, auch wenn die Welten wohl immer getrennt bleiben werden – Kultur und Sprache sind zu unterschiedlich. Es erleichtert die Verständigung, wenn Hörende deutlich Hochdeutsch sprechen und sich auch nicht scheuen, mal Hände und Füsse zu Hilfe zu nehmen. Auch Gehörlose müssen sich Mühe geben. Das Wichtigste sind Austausch und Kontakte, damit Hörende einen Einblick in die Welt von Gehörlosen erhalten. Wenn

man will, findet man immer einen Weg sich verständlich zu machen.

Der SP ist die Teilhabe von Gehörlosen ein grosses Anliegen. Wie lässt sich die Inklusion fördern?

André Marty: In der Schweiz leben 10 000 Gehörlose und rund eine Million Hörbehinderte. 2014 hat die Schweiz die Behindertenkonvention der UNO unterzeichnet, doch mit der Umsetzung hapert es. Zentral ist die Anerkennung der Gebärdensprache als offizielle Landessprache. Dies würde unseren Einsatz für gleiche Rechte und Chancen, für zweisprachige Bildung und für den Abbau von Kommunikationsbarrieren erleichtern.

Fortsetzung auf Seite 14 ►

ZUR PERSON

Fernanda Falchi, 24, gehörlos, ist beim Schweizerischen Gehörlosenbund für Public Affairs zuständig. Sie kam als 17-Jährige aus Brasilien in die Schweiz, lernte Deutsch in Schrift- und Gebärdensprache und absolvierte im Service eine Lehre, die sie als Kantonsbeste abschloss. Sie lebt im Kanton Aargau und setzt sich seit einem Jahr beim Gehörlosenbund für die Rechte der Gehörlosen ein.

André Marty, 29, hörend, studierte Geschichte und Politik und ist beim Schweizerischen Gehörlosenbund für Public Affairs verantwortlich. Als er die Stelle antrat, musste er sich in Rekordzeit «und mit Begeisterung» die Gebärdensprache aneignen. André Marty ist Mitglied der SP und lebt im Kanton Luzern.

► Fortsetzung von Seite 13

Konkret braucht es viel mehr Dolmetsch-Angebote, sei es im Beruf, im Gesundheitswesen oder in der Politik.

Kannst du ein Beispiel machen?

Fernanda Falchi: Die Bundeskanzlei veröffentlicht nur eine kurze Zusammenfassung des Abstimmungsbüchleins in Gebärdensprache. Das reicht nicht und erschwert Gehörlosen den Zugang zur Politik enorm. Wir sind darum auch froh um die Vorstösse der SP-Nationalrätinnen Gabriela Suter und Valérie Piller Carrard. Die Dolmetsch-Angebote können Gehörlose nicht selbst finanzieren. Da sind Vereine, Parteien oder die öffentliche Hand in der Pflicht.

Werdet ihr gehört?

Fernanda Falchi: Barrieren lassen sich nicht von heute auf morgen abbauen. Dass die SP zusammen mit der FDP eine Vorlage in Gebärdensprache vorstellte, stimmt uns zuversichtlich. Sinnvollerweise erklärt die SP ihre Positionen und Werte ebenfalls in einem Gebärdensprache-Video. Heute macht die Partei einen ersten wichtigen Schritt, indem sie sich bewusst wird, welche Barrieren Gehörlose zu überwinden haben.

DIE VORSTÖSSE

Damit Parlamentsdebatten verstanden werden

SP-Nationalrätin Gabriela Suter verlangt, dass die Live-Übertragungen aus dem National- und Ständerat mit Untertiteln versehen werden. Weiter sei zu prüfen, ob gewisse Debatten in Gebärdensprache übersetzt werden können. Heute ist es Gehörlosen nicht möglich, den nationalen Parlamentsdebatten online zu folgen. Mit der Untertitelung würde die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am politischen Leben gefördert, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention fordert.

Damit der Notruf klappt

Bei einem Notfall zählt jede Sekunde. Doch Gehörlose können heute per Telefon weder die Polizei noch die Ambulanz rufen. Für sie sind Telefonanrufe nur über eine langwierige Vermittlung möglich. Die Freiburger SP-Nationalrätin Valérie Piller Carrard verlangt daher die Schaffung eines barrierefreien digitalen Notruf-Angebots. Technische Möglichkeiten wären vorhanden, doch fehlen die gesetzlichen Grundlagen.

Beide Vorstösse sind hängig.



Strukturreform: Mehr Demokratie wagen!

DIE GEPLANTE STRUKTUREFORM FÜHRTE ZU ZAHLREICHEN DISKUSSIONEN UND EINIGEN ÄNDERUNGSVORSCHLÄGEN, DEREN ECKPUNKTE WIR HIER IM HINBLICK AUF DEN PARTEITAG VOM 28. AUGUST VORSTELLEN. Claudio Marti*

Ende März hat die Parteileitung den Kantonalparteien, Sektionen, Organen, weiteren Parteiorganisationen und allen interessierten Genossinnen und Genossen eine umfassende Strukturreform zur Diskussion unterbreitet (siehe Artikel im «links» vom Mai 2021). Dazu fanden rund zwei Dutzend Diskussionsrunden mit interessierten Mitgliedern statt. So sind denn auch zahlreiche Anträge und schriftliche Stellungnahmen eingegangen.

Diese Reform sieht drei Eckpfeiler vor: Der Parteitag soll gestärkt werden, um die Entscheidungsrechte der Basis zu stärken. Ein Parteirat soll geschaffen werden, um die Kantonalparteien, Organe und weitere parteiinterne Gruppierungen näher zur SP Schweiz zu bringen und in die Formulierung der Politik der Partei aktiv miteinzubeziehen. Und die thematische Vernetzung soll verbessert werden, indem Themenkommissionen, Foren und Arbeitsgruppen verankert werden.

Die Rückmeldungen der Parteibasis unterstützen diese Stossrichtung der Strukturreform im Grundsatz fast einhellig. Nur ein Rückweisungs- und ein Verschiebungsantrag sind eingegangen. Insbesondere die vorgesehene stärkere Mitbestimmung der Parteibasis wird begrüsst.

Was am meisten Diskussionen auslöste

Konkret am meisten diskutiert wurde die personelle Zusammensetzung des neu ge-

schaffenen Parteirats. Aufgrund zahlreicher Anträge in unterschiedliche Richtungen schlägt die Parteileitung neu vor, dass die grossen Kantonalparteien mit mehr als 2000 Mitgliedern (AG, BE, VD, ZH) einen zusätzlichen Sitz im Parteirat erhalten sollen. Statt bloss die Stadtparteien der grössten fünf Städte sollen neu jene der grössten zehn Städte einen Sitz im Parteirat erhalten.

Ebenfalls ein wichtiges Thema in den Rückmeldungen waren die Kompetenzen des Parteitags und des Parteirats. Hier schlägt die Parteileitung neu vor, dass der Parteitag zusätzlich zu den bereits vorgeschlagenen Kompetenzen neu auch immer – sofern zeitlich möglich – die Parolen zu den eidgenössischen Volksabstimmungen fasst und die Beschlüsse über die Lancierung oder Unterstützung von Volksinitiativen und Referenden fällt.

Letzter Termin für Anträge

Alle angemeldeten Parteitagsdelegierten können bis am 1. Juli Anträge stellen. Die Unterlagen zur Strukturreform finden sich unter spschweiz.ch/parteitag. Wir freuen uns auf eine spannende Diskussion an einem gutbesuchten Parteitag vom 28. August in St. Gallen.

* Claudio Marti ist rechtspolitischer Fachsekretär der SP Schweiz und betreut zusammen mit Co-Generalsekretärin Rebekka Wyler die Strukturreform.

Neue Perspektiven in der Europapolitik

NACH DEM ABRUCH DER BILATERALEN VERHANDLUNGEN WOLLEN WIR UNSERE STRATEGIE AKTUALISIEREN UND UNSERE POSITION AM PARTEITAG IM FEBRUAR 2022 MIT EINER EHRlichen UND DIFFERENZIERTEN DEBATTE KLÄREN. DERZEIT ERARBEITEN WIR DAZU DIE ENTSCHEIDUNGSGRUNDLAGEN.

Der Bundesrat hat am 26. Mai die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU abgebrochen. Einen Plan B hat er nicht aufgezeigt. Das ist verantwortungslos. Der von der SP aufgezeigte Lösungsweg – die Unionsbürgerrichtlinie (UBRL) wird von der Schweiz weitgehend übernommen, im Gegenzug erhält die Schweiz Garantien für einen eigenständigen Lohnschutz – wurde nicht einmal ausprobiert. Dies ist umso unverständlicher, als genau dieser Weg auch von der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates und von Bundesrätin Viola Amherd vorangetrieben wurde.



Jon Pult, Nationalrat GR
und Vize-Präsident
SP Schweiz

gierung, Medien und Interessengruppen über einen nicht fertig verhandelten Vertragsentwurf diskutieren zu lassen, den sie politisch nie gewürdigt oder eingeordnet hat. Weil der Bundesrat nie eine konsistente Gesamtsicht auf unser Verhältnis zu unseren Nachbarn anbot, drängte er die innenpolitischen Akteur:innen faktisch dazu, ihre Partikularinteressen in den Vordergrund zu stellen. So gingen Kompromissbereitschaft und Kreativität flöten, die es immer braucht, um in einer verfahrenen Situation doch noch eine Lösung zu finden. Das Resultat ist der Abbruch in die Ratlosigkeit – und das Ende der bilateralen Gemütlichkeit.

Integration und sozialer Fortschritt

Nun braucht es neue Perspektiven in der Schweizer Europapolitik. Auch wir als SP müssen unsere Strategie aktualisieren und unsere Position am Parteitag im Februar 2022 mit einer ehrlichen und differenzierten Debatte klären. Um saubere Entscheidungsgrundlagen für diese Klärung zu erarbeiten, hat das Präsidium der SP Schweiz einen europapolitischen Ausschuss eingesetzt. Zusammen mit Marina Carobbio (Ständerätin TI), Jacqueline Fehr (Regierungsrätin ZH), Pierre-Yves Maillard (Nationalrat VD und Prä-

sident SGB), Ada Marra (Vize-Präsidentin SPS und Nationalrätin VD), Severin Meier (Politischer Fachsekretär SPS), Eric Nussbaumer (Nationalrat BL und Präsident NEBS), Benedict Vischer (Wissenschaftler am Europainstitut der Uni Basel) und Rebekka Wyler (Co-Generalsekretärin SPS) darf ich diese Arbeiten übernehmen.

Ich freue mich darauf und noch mehr auf die Debatte am Parteitag im nächsten Jahr. Auch wenn wir innerhalb der SP unterschiedliche Sensibilitäten haben, verbinden uns zwei Überzeugungen. Erstens: Für die SP gibt es in Europa kein Zurück zu unabhängig voneinander handelnden Nationalstaaten, sondern nur ein Vorwärts zu mehr Integration. Zweitens: Mehr Integration in Europa funktioniert dann, wenn sie mit sozialem Fortschritt im Inland verbunden wird. Ich bin überzeugt, dass wir es gemeinsam schaffen, diese Überzeugungen in eine politische Strategie zu giessen.

«Das Resultat ist der Abbruch in die Ratlosigkeit – und das Ende der bilateralen Gemütlichkeit.»

Helvetisches Systemversagen

Selbstkritisch müssen auch wir festhalten, dass wir die Idee zu spät eingebracht haben. Ja, niemand hat sich bei diesem Dossier mit Ruhm bekleckert. Das helvetische Systemversagen hat aber einen klaren Anfang: beim fundamentalen Vertrauensbruch von FDP-Bundesrat Cassis gegenüber den Gewerkschaften. Der Aussenminister liess bewusst oder unbewusst zu, dass seine Diplomaten den Lohnschutz in Frage stellten. Und zwar in eklatanter Verletzung des damaligen Verhandlungsmandates.

Beispiellos unverantwortlich war auch die Entscheidung unserer Re-

Zum Tod von Walter Suter

ER WEILTE ALS DIPLOMAT AN DEN BRENNPUNKTEN DER WELT, ENGAGIERTE SICH MIT HERZBLUT FÜR VENEZUELA UND PRÄSIDIERT EINIGE JAHRE DIE SP INTERNATIONAL: WALTER SUTER. NUN IST DER EHEMALIGE DIPLOMAT UND GENOSSE IM ALTER VON 78 JAHREN GESTORBEN. DIE SP ENTBietet DER TRAUERFAMILIE IHR TIEFES BEILEID. François Nordmann, alt Botschafter



Samuel Wamitsch

Walter Suter (1943–2021) war ein Mann der Tat. Er trat 1964 in den diplomatischen Dienst ein und absolvierte zunächst ein konsularisches Praktikum in Bern und Mailand. Während der Kulturrevolution wurde er nach Peking entsandt und 1995, zu Zeiten des Wiederaufbaus, in den Libanon, wo er den Missionschef ablöste. Ausserdem war er in verschiedenen Funktionen in Paris, Freiburg i. Br., Mumbai, Madrid und Palma de Mallorca tätig. Im Jahr 1998 wurde er als Generalkonsul nach Vancouver berufen.

Doch war es Südamerika, dem er einen Grossteil seiner Schaffenskraft widmete: Buenos Aires, Montevideo, Santiago de Chile und Asunción lauteten die Posten, an denen er wirkte. 1999 kehrte er als Leiter des Konsular- und Finanzinspektorats nach Bern zurück und im Jahr 2003 wurde er zum Schweizer Botschafter in Venezuela ernannt – der Höhepunkt seiner Laufbahn.

In der Schweiz bemühte sich Walter Suter, den Bürgerinnen und Bürgern die

Politik von Hugo Chávez näher zu bringen, der sich im Kampf gegen die Armut kaum um verfassungsmässige oder demokratische Belange kümmerte. Bei der Eindämmung der Armut erzielte die boliviarische Revolution zunächst einige Erfolge und brachte damit zunehmend die oppositionelle Rechte gegen sich auf, die von den Vereinigten Staaten unterstützt wurde. Walter Suter erkannte in den Sanktionen der USA einen der Hauptgründe für den Niedergang des Landes, zusammen mit den Ölpreisschwankungen, der Hyperinflation und der Massenflucht nach Kolumbien.

Nach seiner Pensionierung im Jahr 2007 verteidigte Walter Suter in der Presse und bei einer Reihe von öffentlichen Auftritten wiederholt das Maduro-Regime. Als Mitglied der Fachkommission für Aussenpolitik der SP wird er als intelligenter, warmherziger und angenehmer Kollege und Freund in Erinnerung bleiben, der immer bereit war, seine Überzeugungen mit Leidenschaft zu vertreten.

Von Arbeit und Klima



DIE KLIMABEWEGUNG ARBEITET IMMER STÄRKER MIT GEWERKSCHAFTEN SOWIE MIT DER FRAUEN- UND DER FRIEDENSBEWEGUNG ZUSAMMEN. KANN DAS FUNKTIONIEREN? WIR LIEFERN EINEN ÜBERBLICK ÜBER DIE AKTUELLEN ARGUMENTE ANHAND EINES ANLASSES ZUM NATIONALEN «STRIKE FOR FUTURE». Walter Brunner*

Am Vorabend des «Strike for Future» vom 21. Mai lud die Denknetz-Regionalgruppe Ostschweiz zu einem Gespräch über Arbeit und Klima ein. Für die Gastreferentin Pepina Beeli von der Gewerkschaft Unia sind rechtzeitige Massnahmen zum Klimaschutz am Neoliberalismus gescheitert. Privatisierungen, Deregulierungen, Sparpolitik und eine Desinformationskampagne der Fossil-Industrie verhinderten den notwendigen Wandel. Dank der Klimajugend steht der Klimanotstand endlich oben auf der politischen Agenda. Diese Chance wollen auch die Gewerkschaften nutzen.

Zu den gewerkschaftlichen Forderungen gehört das Recht auf gute Arbeit nach dem Motto «Niemand wird zurückgelassen». Wenn der private Sektor nicht genügend Ar-

beit bereitstellt, soll der öffentliche Sektor einspringen und sinnvolle, gut entlohnte Jobs anbieten, aber auch Weiterbildungen und Umschulungen ermöglichen. Gerechtfertigte öffentliche Investitionen ermöglichen den notwendigen ökosozialen Umbau.

Gefordert wird auch eine massive Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich für die unteren und mittleren Einkommen. Kürzere Arbeitszeiten tragen dazu bei, Emissionen zu reduzieren. Sie ermöglichen aber auch, bezahlte und unbezahlte Arbeit gerechter zu verteilen, und sie fördern die Gesundheit, indem Stress reduziert wird. Diese Forderung ist ein Beispiel dafür, wie Klima-, Gewerkschafts- und Frauenbewegung für gemeinsame Ziele kämpfen können.

Arbeit ist der Hebel für Veränderungen

In der Diskussion wurde der geschilderte Aufbruch in den Gewerkschaften begrüsst. Die Gewerkschaften haben ein grosses Potenzial, sozial und ökologisch etwas zu bewegen. Werden wir noch einen neuen Generalstreik erleben? Tragen die Menschen an der Basis die Positionen der Gewerkschaftsleitungen mit? Das ist derzeit noch eher fraglich. Aber immer mehr Arbeitnehmende erfahren Veränderungen in ihrem Alltag: Bauarbeiterinnen und -arbeiter leiden unter zunehmender Hitze, und viele Arbeitnehmende sind von Umstrukturierungen, Unsicherheit und Entlassungen betroffen. Arbeitnehmende brauchen Sicherheit, aber endlich auch Einfluss auf Investitions- und Produktionsentscheidungen, damit sie ihr Know-how und ihre Ideen einbringen können. Im Bereich der Arbeit liegen starke Hebel für die dringend nötigen sozialen und ökologischen Veränderungen.

* Walter Brunner ist pensionierter Sozialarbeiter FH und Koordinator der Denknetz-Regionalgruppe Ostschweiz

Ein Gericht aus 1001 Nacht

KÜCHENCHEF SAFI SHAHID ÜBERRASCHT DIE GÄSTE IN DER KANTINE DER STIFTUNG RODTEGG IMMER WIEDER MIT EXOTISCHER VEGETARISCHER UND VEGANER KÜCHE. DER ERFOLG IST DURCHSCHLAGEND. Pia Wildberger

Wer vor dem wichtigen Bau der Stiftung Rodtegg in Luzern steht, käme nie auf die Idee, dass sich hinter den Mauern himmlische Gerichte und Gerüche verbergen. Sie liegen in Küche und Kantine in der Luft. Die Küche ist das Reich von Safi Shahid. Hier sorgen der Küchenchef und sein Team täglich für auswärtige Gäste und das leibliche Wohl von über 200 Mitarbeitenden, Kindern und Jugendlichen mit einer körperlichen Beeinträchtigung. Viele benötigen Diäten und sind auf spezielle Kost angewiesen. Dennoch setzt Safi Shahid auf eine klimaverträgliche Küche.

Das beginnt mit der Menüplanung. Neben Fleisch- oder Fischgerichten tischt er den Mitarbeitenden, Klientinnen und Klienten täglich ein vegetarisches Menu oder einen veganen

Wochenhit auf. Mittwochs ist immer ein exotisches Gericht im Angebot. «Diese vegetarischen und veganen Menüs finden Anklang», sagt Safi Shahid.

Das ist kein Wunder. Die Gerichte entspringen einem Traum aus tausendundeiner Nacht. Die Auberginen zergehen auf der Zunge, die Beluga-Linsen fliessen sämig auf den Teller. Die Falafel nach palästinensisch-israelischer Art sind zart, und der Salat schmeckt saftig-frisch. Safi Shahid kocht afghanische Hausmannskost, wie er es bei seiner Mutter gelernt hat.

Fasten als Teil der Klima-Küche

Klimaverträgliche Küche bedeutet für das 38-jährige SP-Mitglied weit mehr als der Dreiklang aus bio, saisonal und regional, kombiniert mit Zurückhaltung bei tierischen Produkten. «Man muss sich Zeit nehmen, um täglich einzukaufen und frische Gerichte zuzubereiten.» Also nicht den Kühlschrank mit grossen Mengen an Lebensmitteln füllen, «von denen man dann vieles wegwerfen muss». Der Küchenchef verzichtet auf vegane Fertigprodukte und achtet darauf, keine genmanipulierte Soja einzukaufen.

Klimaverträgliche Küche heisst für Safi Shahid auch Fasten. «Ein- bis zweimal wöchentlich sollte man 16 Stunden lang nichts essen.» Also beispielsweise das Abendessen überspringen. Dies regt die Regeneration der Zellen an und fördert die Gesundheit. «Und man isst so weniger. Das ist auch gut fürs Klima.»

Die Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen mit einer körperlichen Beeinträchtigung, die in der Rodtegg wohnen, fasten natürlich nicht. Dennoch kocht er für sie seit Jahren leidenschaftlich gern – lieber als seinerzeit für die Luxus-Touristen, die er in Schweizer Gourmet-Tempeln beglückte. «Denn unsere Klientinnen und Klienten bedanken sich, und sie schätzen unsere Küche sehr.»

Afghanisch-orientalisch kochen lernen mit Safi Shahid

Du möchtest selbst klimaverträgliche afghanisch-orientalische Gerichte auf den Tisch zaubern? Safi Shahid führt in Abendkursen in die Geheimnisse der nahöstlichen Küche ein und zeigt Kniffs, dank denen sich eine grössere Runde stressfrei bekochen lässt. Mehr dazu unter www.rodtegg.ch oder Mail an safiullah.shahid@rodtegg.ch



Afghanische Auberginen nach Grossmutterart

Zutaten für 8 Personen:

- 8 Auberginen
- 1 grüne Peperoni
- 1 Zwiebel
- 4 Knoblauchzehen
- 300 g gehackte Pelati aus der Dose

Zubereitung

Auberginen längs schneiden, salzen, 10 Min. stehen lassen. Mit Küchenpapier trocken tupfen und im Olivenöl goldgelb anbraten.

Peperoni in Streifen schneiden; Knoblauch und Zwiebel halbieren und in dünne Streifen schneiden. Würzen und alles in Olivenöl anbraten. Mit Tomatensauce übergiessen, mischen, gut mit Salz, Pfeffer und Paprika würzen.

Gemüsesauce mit Auberginen in Gratinform schichten und im Ofen bei 165 Grad 35 Min. garen.

Mit einem Pfefferminzweig dekorieren und anrichten.

DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Wir wissen es alle: Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein grosser Teil der Ernte im Abfall, wobei am meisten Food-Waste in Privathaushalten anfällt.

Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir nachhaltig kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.



Safi Shahid zeigt die Falafel, die aus seiner Küche besonders gut schmecken.

5 Fragen an ...



Stéphanie Friedli

... NEUMITGLIED GARANCE LA FATA,
COMEDIAN AUS LA CHAUX-DE-FONDS

1. Wie würdest du dich in drei Worten beschreiben?

Einfühlsam, unternehmungslustig und aufgeschlossen.

2. Warum bist du der SP beigetreten?

Ich hatte das Bedürfnis, mich zu engagieren, um mit meinen Aktionen als Bürgerin eine Stufe höher Wirkung zu erzielen. Mein Gesellschaftsbild und meine Werte stimmen mit den Grundwerten der SP – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – überein. Deshalb habe ich mich zum Beitritt entschlossen.

3. Was hat für dich in der Schweiz politisch Priorität?

Das ist schwierig zu sagen. Mir sind Gleichheit, Würde und Solidarität sehr wichtig. Jeder Mensch sollte in einer Gesellschaft leben dürfen, in der er oder sie als einzigartiges Individuum mit allen Stärken und Schwächen geachtet und nicht verurteilt wird.

4. Wenn du einen Zauberstab hättest, was würdest du als Erstes tun?

Ich würde auf allen Schulstufen ein obligatorisches Präventionsprogramm einführen, mit dem das Bewusstsein für alle Formen von Belästigung sowie sexistischer und sexueller Gewalt geschärft wird. Alle würden befähigt, solche Situationen im Alltag zu meistern und zu bekämpfen. Zudem muss die Justiz die Opfer in einem offenen und wohlwollenden Prozess begleiten.

5. Wo steht die SP in 20 Jahren?

Die SP wird weiterhin eine starke Partei sein, die in der Regierung präsent ist. Und sie wird noch mehr junge Menschen in ihren Reihen haben, die sich für Ökologie und nachhaltige Entwicklung einsetzen und den Kampf für die Menschenrechte vorantreiben.

Eine kantonale Initiative an einem Tag

DAS THEMA «GEBÜHRENFREIE KINDERBETREUUNG» WAR GUT GEWÄHLT. DENNOCH BEEINDRUCKT DIE SP BASELSTADT MIT EINER REKORDZAHL AN UNTERSCHRIFTEN INNERT KÜRZESTER ZEIT – EINE MACHTDEMONSTRATION IM BÜRGERLICHEN BASELBIET. Nils Jocher

Die Basis der SP Baselstadt hat an nur einem Tag genügend Unterschriften für eine kantonale Initiative gesammelt. 3200 kamen an einem einzigen Samstag zusammen. Das ist mehr als das Doppelte der benötigten Anzahl. «Gebührenfreie Kinderbetreuung für alle Familien», dieses Anliegen brennt der Bevölkerung offenbar unter den Nägeln. Ebenso entscheidend war jedoch der Einsatz zahlreicher engagierter Menschen: Über 250 Freiwillige waren am 29. Mai an 30 Standorten im ganzen Kanton mit Klemmbrett und Initiativbogen unterwegs.

Organisation ist fast alles

Dem erfolgreichen «Super-Sammel-Samstag» ging eine detaillierte Organisation zusammen mit dem Basiskampagnen-Team der SP Schweiz voraus. Mitglieder, Sympis und Interessierte wurden vorgängig telefonisch gefragt, ob sie sich an einer Sammelaktion auf der Strasse beteiligen oder im Bekanntenkreis Unterschriften sammeln könnten. Dieser Eifer, die gute Planung und der Einsatz auf der Strasse zahlten sich aus und kommen im bürgerlichen Baselbiet einer regelrechten Machtdemonstration gleich.

Wer an einer vergleichbaren Aktion interessiert ist, sei es auf Sektions-, Bezirks- oder Kantonsebene, wende sich ans Basiskampagnen-Team: nils.jocher@spschweiz.ch.



vg SP Baselstadt

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Doppelte Buchhaltung: Einführungskurs

D1.8.2112

23.–24. August 2021, Sigriswil,
Solbadhotel

Inhalt: Eine Vereinsbuchhaltung
eröffnen (Eröffnungsbilanz),
Geschäftsfälle verbuchen und
die Jahresrechnung erstellen
(Schlussbilanz und Erfolgs-
rechnung)

Referentinnen: Karin Baumann
(Unia), Anna-Barbara Kappeler
(Treuhanderin)

Kurs für Mitglieder von Vorsorgekommissionen

D1.9.2105

8. September 2021, Bern,
Hotel Bern

Inhalt: Drei-Säulen-System,
Aufgaben, Zusammenarbeit mit
dem Stiftungsrat

Referenten: Sabino Di Mambro
(eidg. dipl. Pensionskassenleiter),
Roman Kahr (Finanzplaner mit
Fachausweis)

Geldsorgen bei Arbeits- unfähigkeit – wie weiter?

D1.8.2116

14.–15. September 2021, Vitznau,
Hotel Flora Alpina

Inhalt: Funktionsweise, Leistungen,
Anspruchsvoraussetzungen
und Finanzierung von UV, KV
und IV, politische Streitfelder,
Zukunftsperspektiven und ge-
werkschaftliche Positionen

Referent: Ruzhdi Ibrahim (Unia)

Outlook (MS Office 2016)

D2.6.2130

17. September 2021, Olten,
Hotel Arte

Inhalt: E-Mails schreiben und
verwalten, Posteingang organi-
sieren, Kalender sowie Aufga-
ben- und Kontaktverwaltung
nutzen, automatische Antworten
einrichten

Referent: Béla Filep (Informatik-
coach)

Digitale Überwachung im Betrieb

D1.7.2114

21. September 2021, Bern,
Hotel Bern

Inhalt: Möglichkeiten der digi-
talen Überwachung, rechtliche
Grundlagen, Strategien der
Gewerkschaften gegen die
Überwachung

Referenten: Giorgio Pardini,
Daniel Hügli (Syndicom)

Die Anmeldung erfolgt online
www.movendo.ch, per Mail
info@movendo.ch oder per
Telefon 031 370 00 70

Die Kosten für mindestens eine
Weiterbildung werden für Ge-
werkschaftsmitglieder von ihrer
Gewerkschaft getragen.
Mit deiner Anmeldung klären
wir die Kostenfrage ab und
informieren dich unverzüglich.
SP-Mitglieder, die nicht Gewerk-
schaftsmitglied sind, profitieren

vom reduzierten Tarif von
Fr. 250.– statt Fr. 410.– resp.
Fr. 300.– statt Fr. 450.– pro
Kurstag.

Weiter kann bei Simon Roth
(SP Schweiz, [simon.roth@
spschweiz.ch](mailto:simon.roth@spschweiz.ch)) finanzielle Unter-
stützung beantragt werden.

AGENDA 2021

28. AUGUST 2021

#SPimAufbruch, ausserordent-
licher Parteitag in St. Gallen

11. SEPTEMBER 2021

Kommunaltagung in Belp

23. OKTOBER 2021

Mitgliederversammlung
SP Frauen* in Lausanne

30. OKTOBER 2021

Herbstkonferenz SP 60+
in Neuenburg

6. NOVEMBER 2021

Delegiertenkonferenz der
SP Migrant*innen in Bern

18. NOVEMBER 2021

Delegiertenversammlung
SP 60+, Bern

Aktuelle Infos unter

www.spschweiz.ch/agenda

Sommer-Uni: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Zu lange Zeit war unklar, ob die traditionelle Sommer-Uni Anfang August in Chandolin würde stattfinden können. Nun mussten sich die Organisatorinnen und Organisatoren für eine Absage entscheiden. Einige Module sollen aber in digitaler Form durchgeführt werden. Reserviert euch darum bereits heute den 11. und 12. Februar 2022. Dann jährt sich zum fünfzigsten Mal die Publikation des Club of Rome zu den Grenzen des Wachstums. Wir beschäftigen uns in zwei hochkarätig besetzten Online-Veranstaltungen mit dem Wirtschaftswachstum, mit Wachstumskritik und der (Post-) Wachstumsgesellschaft im 20. und 21. Jahrhundert.

Mehr Informationen finden sich rechtzeitig unter sp-ps.ch.

Austausch hilft!

Am 11. September 2021 findet zum zweiten Mal die Kommunaltagung der SP Schweiz in Belp (BE) statt. Dieser Anlass, der sich an unsere Behördenmitglieder in kleinen Gemeinden richtet, ist letztes Jahr gut angekommen und wird deshalb weitergeführt. Als Gäste konnten wir SP-Regierungsrätin Kathrin Schweizer (BL) sowie den neuen Walliser SP-Nationalrat Emmanuel Amoos gewinnen. Als frühere Gemeindepolitiker:innen werden die beiden uns kenntnisreich über das Zusammenwirken von Kantonen, Gemeinden und Bund informieren. Den ganzen Tag werden Workshops zu Themen wie «Frauen in der Exekutive», «Kommunikation mit der Bevölkerung», «Raumplanung» oder «Volkswirtschaft und Wirtschaftsförderung» angeboten. Im Mittelpunkt stehen das gegenseitige Kennenlernen und die Vernetzung – denn viele von uns sind die einzigen SP-Vertreter:innen in den jeweiligen Behörden. Umso wichtiger der Austausch mit Gleichgesinnten, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben.

Wer von euch in einer kleinen Gemeinde ein Behördenamt wahrnimmt oder ein solches anstrebt, ist herzlich willkommen! Bitte meldet euch bei mir (rebekka.wyler@spschweiz.ch).

Rebekka Wyler, Co-Generalsekretärin und Gemeinderätin in Erstfeld (UR)

Werbung

GROUPS.SWISS



GROUPS

DAS ZUHAUSE FÜR GRUPPEN

www.groups.swiss



800 Ferienhäuser und Hotels in Europa
für Familien und Gruppen, Freizeit und Beruf

Groups AG · Spitzackerstrasse 19 · CH-4410 Liestal · +41 (0)61 926 60 00

Stempelsteuer- Bschiss

Grosskonzerne
profitieren,
wir alle zahlen.

Nicht schon wieder!

Jetzt Referendum
unterschreiben

Nein